Netzausbau

Kritik an SuedLink

[07.02.2014] Für die einen ist sie das Rückgrat einer funktionierenden Wirtschaft, für die anderen der größte planerische Kurzschluss seit Beginn der Energiewende. Nun melden sich auch die Kommunen und Stadtwerke zur geplanten Nord-Süd-Verbindung SuedLink.

800 Kilometer lang soll die geplante Gleichstromleitung SuedLink werden. Nach ihrer Fertigstellung im Jahr 2022 wird sie sich quer durch ganz Deutschland ziehen, um den windreichen Norden mit dem energiehungrigen Süden zu verbinden (18061+wir berichteten). Nach Angaben der Projektbetreiber Tennet und TransnetBW soll sie das Netz stabilisieren, zur Versorgungssicherheit beitragen und die Energiewende insgesamt voranbringen. Doch längst nicht alle sind mit der geplanten Trassenführung einverstanden. Erst kürzlich hat sich Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) ablehnend zu dem Bauvorhaben geäußert und ein Moratorium für neue Stromtrassen in Erwägung gezogen. Die Antwort seiner Kollegen kam prompt. Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel (Bündnis 90/Die Grünen) bezeichnete die Forderung als kontraproduktiv und schädlich für die Wirtschaft als auch für die Bürger. Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller (Bündnis 90/Die Grünen) äußerte, den Netzentwicklungsplan der Bundesnetzagentur (BNetzA) nicht gänzlich in Frage stellen zu wollen. Dies sei ein Hüftschuss aus einer bayerischen Luftpistole, so der Minister.

Wertschöpfung entsteht dezentral

Kritik an den neuen Plänen kommt aber auch von anderer Seite. Die Stadt sowie die Stadtwerke Wolfhagen und die Stadtwerke Union Nordhessen (SUN) betrachten das Vorhaben mit Sorge. Die Leitung soll laut Planung westlich an den Wolfhager Ortsteilen vorbeiführen. Die Kernstadt selbst wird östlich passiert. Bürgermeister Reinhard Schaake: „Indem wir die lokale Energiewende vorangetrieben haben, haben wir alles dafür getan, solche Leitungen überflüssig zu machen.“ Leicht sei der Prozess in seiner Stadt nicht gewesen. Es habe kontroverse Diskussionen beispielsweise um den Ausbau der Windkraft gegeben. „Vor diesem Hintergrund halte ich die geplante Leitung für eine zu große zusätzliche Belastung der Menschen in unserer Stadt“, sagt Schaake. Unterstützung kommt von Martin Rühl, Geschäftsführer der Stadtwerke Wolfhagen und der SUN: „Wir lehnen den Netzausbau keinesfalls kategorisch ab. Im Zuge der Energiewende brauchen wir neue Leitungen. Die Frage ist aber: Welcher Ausbau ist nötig, wo ist er überflüssig?“ Laut einer Studie des Fraunhofer Institus für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) sei es durchaus möglich, dass Nordhessen mehr als die gesamt benötige Menge seines Strombedarf durch regenerative Energie vor Ort erzeugen könne. Und zwar schon 2030. Bürger und Kommunen würden entlastet. Stadtwerke-Chef Rühl und Bürgermeister Schaake sind sich daher einig: „Regionale Wertschöpfung entsteht nur durch die dezentrale Energiewende.“

()

Stichwörter: Politik, Netze, Stadtwerke Union Nordhessen, Stadtwerke Wolfhagen, Wolfhagen